



# Echte Pflegereform nicht in Sicht

Bund-Länder Arbeitsgruppe legt ein enttäuschendes Sammelsurium an Vorschlägen vor

## Von Günter Roggenkamp

Die von Bundesgesundheitsministerin Warken einberufene Bund-Länder Arbeitsgruppe „Zukunftspackt Pflege“ zur Pflegereform hat bereits im Dezember vorigen Jahres ihren Abschlussbericht vorgelegt.

Das Ergebnis: Enttäuschend, da die Vorschläge unklar sind, die Finanzierung unzureichend beschrieben wird, die Entlastungen für Angehörige fehlen und akute Mängel wie Pflegenotstand und Bürokratie nicht benannt werden.

Lösungen, wie kapitalgedeckte Elemente und Ausbau der privaten Vorsorge, werden kontrovers dargestellt. Generationengerechte und damit langfristige Ansätze fehlen völlig.

Darüber hinaus finden sich im Abschlussbericht weder die längst fällige Übernahme der Investitions- und Ausbildungskosten durch den Bund bzw. die Länder, noch die Einbeziehung weiterer Einkommensarten wieder. Damit ist klar: Es bleibt bei einem politischen Stückwerk, denn ein Zielbild fehlt.

## Finanzierungsdefizit

Das Finanzierungsdefizit der Pflegeversicherung wird bei einem konstanten Beitragssatz in Höhe von 3,8% und Fortführung des Leistungsangebotes im Jahr 2033 bei voraussichtlich 19 Milliarden Euro liegen. Nötig ist unter anderem die Deckelung der Eigenanteile in der stationären Pflege, der sogenannte Sockel-Spitze-Tausch. ver.di plädiert dafür, die Pflegeversicherung perspektivisch so weiterzuentwickeln, dass sie alle pflegebedingten Kosten abdeckt.

Derzeit dient die Pflegeversicherung nur als **Teilleistungssystem** der Absicherung der pflegebedürftigen Aufwendungen. Bei nicht ausreichendem Einkommen und Vermögen sichern die Sozialhilfe, insbesondere die Hilfe zur Pflege bzw. die



Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung die notwendigen pflegerischen und lebensunterhaltenden Ausgaben ab. Die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege lagen im Jahr 2024 bei 5,3 Milliarden Euro.

## Hohe Einkommen einbeziehen

Die stärkere Einbeziehung höherer Einkommen sowie die Erhebung von Beiträgen nicht wie bisher nur auf Löhne, sondern zum Beispiel auch auf Aktiengewinne und Mieteinkünfte, könnten die Einnahmen der Pflegeversicherung nachhaltig stabilisieren, fordert ver.di. Stattdessen diskutieren Bund und Länder Optionen wie die einer verpflichtenden **privaten Vorsorge**, die Versicherte einseitig belasten wird.

„Das ist eine Idee aus der neoliberalen Mottenkiste. Lebensrisiken wie Pflegebedürftigkeit müssen solidarisch abgesichert werden!“, sagte Silvia Bühler, Mitglied des ver.di Bundesvorstandes und weiter:

„Die Menschen im Land machen sich große Sorgen darüber, im Falle der Pflegebedürftigkeit finanziell überfordert und nicht gut versorgt zu werden. Deshalb braucht es eine grundlegende Reform, die die Pflegeversicherung nachhaltig stabilisiert.“

## Alternativen vorhanden

Ein Gutachten von Januar 2025 des Gesundheitsökonom Prof. Dr. Heinz Rothgang zeigt Lösungen auf, wie die Leistungsfähigkeit und die

Finanzierung der Pflegeversicherung nachhaltig gewährleistet werden können. Es wurde von einem breiten Bündnis, an dem auch ver.di beteiligt ist, in Auftrag gegeben.

Das Gutachten beleuchtet die finanziellen Auswirkungen eines Umbaus der Pflegeversicherung hin zu einer **Vollversicherung** in Form einer **Bürgerversicherung**.

Die Mehrausgaben einer umfassenden Absicherung von Pflegebedürftigen durch eine **Vollversicherung** könnten demnach durch die Einführung einer **Bürgerversicherung** nahezu ausgeglichen werden. Kostensenkend wirkt sich dabei aus, dass privat Versicherte und weitere Einkommen einbezogen sowie die Beitragsbemessungsgrenze angehoben werden würde.

Konkret hieße das für Versicherte mit einem Einkommen bis zur derzeitigen Beitragsbemessungsgrenze monatliche Mehrkosten von weniger als 5 Euro. Dem stünde die vollständige Übernahme der pflegebedingten Kosten im Pflegefall gegenüber.

Derzeit müssen Pflegebedürftige im ersten Jahr ihres Aufenthaltes in einem Pflegeheim durchschnittlich rund 2.970 Euro pro Monat selbst aufbringen. Davon entfallen allein auf die pflegerische Versorgung rund 1.490 Euro, der Rest setzt sich aus Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionskosten zusammen.

Mehr als ein Drittel aller Pflegebedürftigen in Heimen ist auf **Sozialhilfe** angewiesen - Tendenz steigend. Pflegebedürftige sind besonders stark von Armut bedroht, denn sie können mit ihren durchschnittlichen Alterseinkünften diese finanzielle Belastung nicht schultern.

#### INFO

Die Pflegeversicherung wurde im Jahr 1995 eingeführt. Aktuell haben rund 6 Millionen Menschen Anspruch auf Leistungen der Pflegeversicherung. 85 % der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt, teilweise mit Unterstützung ambulanter Pflegedienste, über 80 % überwiegend durch pflegende An- und Zugehörige. 15% der Pflegebedürftigen werden in vollstationären Pflegeeinrichtungen versorgt.

#### Der Sockel-Spitze-Tausch

Der "Sockel-Spitze-Tausch" ist ein Vorschlag für eine durchgreifende Pflegereform, bei dem Pflegebedürftige einen festen Betrag (den „Sockel“) selbst zahlen, während die **Pflegeversicherung alle** darüberhinausgehenden, oft unvorhersehbaren

Kosten (die „Spitze“) übernimmt, um das finanzielle Risiko umzukehren und die Pflegebedürftigen vor hohen, steigenden Eigenanteilen zu schützen. Dieses Modell zielt darauf ab, dass die Pflegekasse stärker für die unbegrenzten Kosten aufkommt und die Pflegebedürftigen vor finanziellen Engpässen bewahrt werden.



#### Soziale Gerechtigkeit durchsetzen

Die Bürgerversicherung ist im Interesse der Pflichtversicherten in der Gesetzlichen Pflegeversicherung. Angesichts der aktuellen Debatten der politischen Verantwortlichen müssen wir uns fragen, ob ganze Bereiche von Wissenschaft und Politik außerstande sind, das vorhandene System einmal kritisch in Frage zu stellen, weil ihr gesamter Begriffsapparat bewusst oder unbewusst auf die Erhaltung vorhandener Besitz- und Machtstrukturen ausgerichtet ist.

Nur so ist es zu erklären, dass alternative Vorschläge, wie z.B. die Bürgerversicherung oder der Sockel-Spitze-Tausch, erst gar nicht ernsthaft erörtert werden und sie weiterhin auf private Absicherung setzen und damit die **soziale Ungleichheit** weiter forcieren.

Die Reichen und Vermögenden in diesem Land werden damit weiter geschont. Sie leisten keinen ausreichenden Beitrag zum Sozialstaat.

#### Kampf für den Sozialstaat

Die Diskussion über die Pflegeversicherung sowie die Gesundheits- und Rentenpolitik wird in diesem Jahr fortgesetzt. Gesundheitsministerin Warken ist dabei, zur Pflegeversicherung ein Gesetz vorzubereiten.

Die Arbeitsgruppe zur zukünftigen Gesundheitspolitik will bis Ende März 2026 ihre Vorschläge erarbeiten. Derzeit rühren die Arbeitgeber kräftig die Trommeln, die darauf abzielen, entweder Leistungen einzuschränken oder Versicherte für Gesundheitsleistungen stärker zur Kasse zu bitten.

Wir dürfen nicht den politischen Demagogen auf dem Leim gehen. Sie behaupten, dass Sozialsystem gefährde den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Sozialleistungen sollen sich daher am „Wohlergehen der Deutschen Wirtschaft“ orientieren.

Wir müssen uns in diese Debatte einmischen, die sozialstaatlichen Leistungen verteidigen und erweitern.